

die israelische Militärregierung in den besetzten Gebieten durch UN-Truppen ersetzt. (Ovendale, 1999)

Im August 1990 begann dann mit dem Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait und der darauf folgenden Besetzung des Landes der Irak-Krieg. Fünf Monate später griff eine Koalition unter Führung der Amerikaner den Irak an und erzwang den Rückzug der Iraker aus Kuwait. Sowohl die PLO-Führung als auch die Palästinenser in den besetzten Gebieten stellten sich auf die Seite Saddam Husseins, da der irakische Diktator versucht hatte, den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait an die Bedingung eines Rückzugs der Israelis aus den besetzten Gebieten zu knüpfen und weil er Scud-Raketen auf Israel abgeschossen hatte. Dadurch, dass sie sich mit Saddam Hussein solidarisierte, büßte die PLO einen Großteil des politischen Kapitals ein, welches sie sich über viele Jahre hinweg erworben hatte, während Israel weltweit davon profitierte, dass man auf die Angriffe der Iraker nicht reagiert hatte. Nach Ende des Krieges bemühten sich die USA, Israel und seine arabischen Gegenspieler bei einer internationalen Friedenskonferenz an einen Tisch zu bringen.

Der Beginn des Osloer Friedensprozesses

Ende Oktober 1991 traf sich in Madrid eine israelische Delegation mit palästinensischen Vertretern und Vertretern anderer Staaten, die in Konfrontation mit Israel standen (Syrien, Jordanien, Libanon). Obwohl die Vertreter der palästinensischen Seite der PLO nahe standen, wurden sie offiziell nicht als Mitglieder der Organisation geführt, da man sie in diesem Falle nach israelischem Recht hätte verhaften und einsperren können. Die Amerikaner, die die Konferenz organisierten, bestanden darauf, dass diese auf den UN-Resolutionen 242 und 338 basieren müsse sowie auf dem Prinzip „Land für Frieden“. Die Palästinenser erkannten diese Bedingungen an, die Israelis wiesen sie zurück. (Shlaim, 2000) Im Vorfeld der Konferenz erklärte die Likud-Regierung, es werde eine neue Welle von Siedlungsbauten geben, mit deren Hilfe die Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten in nur vier Jahren verdoppelt werden sollte.

Sowohl in Madrid als auch in den fünf folgenden bilateralen Gesprächsrunden in Washington wurden kaum Fortschritte erzielt. Shlaim sagt, es habe einen „riesigen Trenngraben“ zwischen den Parteien gegeben:

Die Palästinenser gingen davon aus, dass sie ein eigenständiges Volk mit eigenen Rechten sind und dass die Interimslösungen, die hier diskutiert wurden, die Vorstufe zur Unabhängigkeit wären und entsprechend gestaltet werden müssten. Die israelische Delegation ging von der These aus, dass die Palästinenser zwar die Bewohner der Gebiete sind, aber keinerlei nationale Rechte haben und ganz sicher nicht das Recht auf Unabhängigkeit, auch nicht nach Beendigung der Übergangszeit. (2000:493)

Im Juni 1992 trat das israelische Volk an die Wahlurnen, um eine neue Regierung zu wählen. Die Likud-Partei versprach, den Friedensprozess fortzusetzen, gleichzeitig aber alle besetzten Gebiete für Israel zu erhalten und den Siedlungsbau auszuweiten. Die Arbeitspartei gelobte, mit den Palästinensern eine Regelung zur Autonomie zu finden, den Bewohnern Ost-Jeruselems die Teilnahme an den Verhandlungen zu gewähren und den Bau „politischer Siedlungen“ tief in den besetzten Gebieten einzufrieren. Die Arbeitspartei unter Jitzchak Rabin gewann die Wahlen und mit diesem großen politischen Umschwung endete die 15 Jahre andauernde Herrschaft der Likud-Partei. In einem Interview in einer israelischen Zeitung kurz nach seiner Wahlniederlage erklärte Schamir: „Ich hätte die Autonomieverhandlungen noch zehn Jahre lang fortgesetzt und in der Zwischenzeit hätten wir dann eine Bevölkerungszahl von einer halben Million in Judäa und Samaria erreicht“. (*Ma'ariv*, 26. Juni 1992)

In den folgenden 20 Monaten gab es in Washington zehn Verhandlungsrunden zwischen Israelis und Palästinensern, die jedoch keine konkreten Ergebnisse brachten. Mitten in diesen Verhandlungen ließ Rabin nach der Ermordung eines israelischen Grenzpostens 416 *Hamas*-Aktivisten in den Libanon abschieben. Die Abschiebungen, die von der UN als Verstoß gegen internationales Recht verurteilt wurden, sollten den Einfluss der *Hamas* eindämmen, erreicht wurde damit jedoch genau das Gegenteil. Mishal und Sela vertreten die Ansicht, diese Abschiebungen seien „ein Meilenstein bei der Entscheidung der *Hamas* für den Einsatz von Autobomben und Selbstmordattentätern als wichtigsten Modus Ope-

randi gegen Israel“ gewesen, weil die Abgeschobenen so mit Guerilla-Kämpfern der *Hisbollah* in Kontakt kamen, die sie in diesen Techniken ausbildeten. (2000:65-66) Die beiden merken an, die *Hamas* habe kurz nach der Rückkehr der Abgeschobenen in die besetzten Gebiete erstmals Selbstmordattentäter eingesetzt.²⁷

Die Prinzipienklärung

Während die offiziellen Verhandlungen fort dauerten, entschieden sich die Israelis, einen zweiten, diesmal geheimen diplomatischen Kanal in Oslo zu eröffnen. Erstmals erklärten sie sich bereit, mit einem Teil der PLO zu verhandeln. Durch diese Gespräche wurde der Großteil der PLO und der *Fatah* umgangen, da sich die Verhandlungen auf Jassir Arafat und einige enge Mitarbeiter beschränkten. Im September 1993 wurde schließlich die Prinzipienklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung zwischen Israelis und Palästinensern veröffentlicht und auf dem Rasen vor dem Weißen Haus von beiden Parteien unterzeichnet.

Die Erklärung stellte einen Terminplan für Verhandlungen dar und in ihr war festgeschrieben, dass sich Israel innerhalb von vier Monaten nach Unterzeichnung der Übereinkunft vollständig aus Gaza und Jericho zurückziehen muss. Danach übernimmt die palästinensische Polizei die internen Sicherheitsaufgaben in diesen Gebieten, während Israel nach wie vor die Verantwortung für die allgemeine externe Sicherheit und die äußeren Angelegenheiten trägt. An anderen Orten im Westjordanland übernehmen die Palästinenser die Kontrolle über fünf Bereiche: Bildungs- und Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus. Innerhalb von neun Monaten sollen die Palästinenser die Mitglieder einer eigenen Verwaltung wählen dürfen, die dann die Verantwortung für diese kommunalen Angelegenheiten übernehmen soll. Innerhalb von zwei Jahren sollen die Verhandlungen zum letztendlichen Status beginnen und innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen sein.

27 Weitere Quellen zum Einfluss der *Hisbollah* auf die *Hamas* siehe *Ha'aretz*, 21. April 1994 oder *Nida al-Watan*, 15. November 1996

Alle wichtigen Probleme zwischen den beiden Parteien, wie die Frage nach dem eigenen Staat für die Palästinenser, nach dem Grenzverlauf, nach der Lösung des Flüchtlingsproblems, nach der Zukunft der Siedlungen und nach dem Status Jerusalems, wurden bis zu den abschließenden Verhandlungen zurückgestellt. Die PLO erklärte sich bereit, die Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen, den bewaffneten Kampf gegen Israel aufzugeben und die Teile der Palästinensischen Nationalcharta zu überarbeiten, in denen die Zerstörung des israelischen Staates gefordert wurde; und Israel seinerseits willigte ein, die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Durch die Prinzipienklärung wurde die erste Intifada beendet, welcher laut Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* 160 Israelis und 1.162 Palästinenser zum Opfer gefallen waren. (*B'Tselem*, 2003a)

Sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite stieß das Abkommen auf Widerstand. Die Likud-Partei und die konservativen nationalistischen und religiösen Parteien verurteilten das Abkommen als Verrat an den Siedlern in den besetzten Gebieten, als Ende des biblischen Großisraels und als tödliche Bedrohung für die Sicherheit des Staates Israel. Sie behaupteten, die Politiker dürften die besetzten Gebiete nicht abtreten, da diese dem Volk Israel von Gott für die Ewigkeit versprochen worden waren. Benjamin Netanjahu, der Vorsitzende der Likud-Partei, lehnte es vollständig ab und versprach für den Fall, dass er Ministerpräsident werden sollte, die Erklärung aufzuheben. Er verglich das Abkommen mit der Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler und sagte zu Peres: „Sie sind noch schlimmer als Chamberlain. Er hat die Sicherheit eines anderen Volkes gefährdet, Sie tun das ihrem eigenen Volk an“. (zitiert in Shlaim, 2000:521) Letzten Endes wurde das Abkommen von der *Knesset* knapp mit 61 zu 50 Stimmen gebilligt. Die israelische Öffentlichkeit stand dem Abkommen im Allgemeinen positiv gegenüber: 65 Prozent der Israelis sagten, sie würden es gutheißen und nur 13 Prozent erklärten, sie seien „sehr dagegen“. (Shlaim, 2000)

In seiner Analyse der Reaktion der Palästinenser auf das erste Osloer Abkommen führte Mouin Rabbani vier voneinander verschiedene Positionen auf und schreibt: „im Gegensatz zu dem, was in der Presse größtenteils geschrieben wird, ist die Spannungslinie [...] in der palästinensischen Politik keine ideologische, die friedliebende Gemäßigte von gewalttätigen Extremisten trennt“. Vielmehr geht es bei den Gegensätzen „hauptsächlich um inhaltliche und verfahrenstechnische Fragen“.

(*Middle East International*, 24. September 1993) Er behauptete, nur wenige Palästinenser hätten das Abkommen „begeistert unterstützt“, sie bilden die erste Gruppe. Die Mehrheit aber, die er als „genauso optimistisch wie verzweifelt“ beschrieb, habe ernste Zweifel gehegt, sei jedoch bereit gewesen, dem Abkommen eine Chance zu geben. Er vertrat die Ansicht, sollte sich die Situation im Hinblick auf Menschenrechtsangelegenheiten nicht verbessern und die Siedlungsaktivitäten sowie die Besetzung andauern, könnte diese große Gruppe sich sehr schnell gegen das Abkommen wenden. Die dritte Gruppe bestand aus führenden Persönlichkeiten aus Politik und Kultur²⁸, wie Edward Said, der zwar für eine friedliche Beilegung des Konflikts war, die Abkommen aber dennoch als „sehr mangelhaft“ und „potentiell tödlich für die nationalen Bestrebungen der Palästinenser“ betrachtete. Diese Persönlichkeiten waren dagegen, dass Arafat das Dokument ohne vorherige öffentliche Debatte oder Konsultationen unterzeichnet und allgemein war man der Ansicht, es sei ein schlechtes Geschäft. Sie wiesen darauf hin, dass die Palästinenser sich damit bereit erklären würden, die Intifada zu beenden und ihren Anspruch auf 78 Prozent des historischen Palästina aufzugeben, ohne eine Garantie, einen eigenen Staat zu erhalten und ohne eine Übereinkunft, dass die Siedlungen entfernt würden (oder sogar der Bau von Siedlungen gestoppt würde). Auch gab es keinerlei Verpflichtungen seitens der Israelis, die Menschenrechtssituation zu verbessern oder die Flüchtlingsfrage und die Frage nach dem Status von Jerusalem zu klären. Diese dritte Gruppe war der Meinung, durch das Abkommen würden die international anerkannten Rechte der Palästinenser unterminiert und es ließe „die dauerhafte Enteignung der Mehrheit der Palästinenser vorausahnen“ und berge das Potential für einen Bürgerkrieg. Als viertes führte Rabbani die Position derjenigen auf, die eine Einigung mit Israel grundsätzlich ablehnen. Zu dieser Gruppe gehören sowohl radikal islamistische als auch säkulare Bewegungen, wie die *Hamas* oder die PFLP, sowie ihre Anhänger in den besetzten Gebieten. Diese Gruppierungen, so Rabbani, betrachteten das Abkommen als „Paradefall einer Bantustanisierung“, bei dem die wichtigste Waffe der Palästinenser, die Intifada,

28 Zu diesen Persönlichkeiten zählten unter anderem der Dichter Mahmud Darwisch; der Vertreter der PLO im Libanon, Shafiq al-Hut (beide traten aus Protest aus dem Exekutivkomitee der PLO aus); der Leiter des palästinensischen Verhandlungsteams und der *Gesellschaft des Roten Halbmondes* in Gaza, Haidar Abd al-Shafi; der palästinensische Unterhändler sowie andere bekannte Vertreter der *Fatah* und der PLO.

ausgeschaltet wird, sodass die Palästinenser gemeinsam mit den Israelis zu Verwaltern der Besatzung in einem schwachen, unterwürfigen Kleinstaat oder einer Reihe von Kleinstaaten werden. Rabhani schreibt, wären in dem Abkommen echte Schritte hin zu einer echten Eigenstaatlichkeit enthalten gewesen und wäre die Übereinkunft in „Übereinstimmung mit der allgemeinen Meinung unter den Palästinensern erzielt und ordnungsgemäß unterzeichnet worden“, so hätten die meisten der Gruppierungen, die Israel grundsätzlich ablehnten, das Abkommen zumindest stillschweigend akzeptiert – obwohl Gruppen wie der *Islamische Dschihad* und Teile der *Hamas* nach wie vor dagegen wären.

Der Prinzipienklärung von 1993 folgte im Februar 1994 die Unterzeichnung einer Reihe neuer Dokumente in Kairo. Die israelische Armee erklärte sich bereit, ihre Truppen von den urbanen Zentren stärker in die ländlichen Gegenden zu verlagern, wodurch sie besser in der Lage wäre, die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten und die Grenzübertritte (sowohl zwischen den Palästinensergebieten und Israel als auch nach Jordanien; Anm. d. Übers.) zu kontrollieren. Am 25. Februar eröffnete Dr. Baruch Goldstein, ein in Amerika geborener Siedler und Mitglied der Kach-Partei, mit einem Galil-Gewehr der israelischen Armee das Feuer auf betende Muslime am Grab der Patriarchen in Hebron, wobei er 29 Menschen tötete, bis man ihn selbst ebenfalls umbrachte. Rachelle Marshall, Journalistin und Mitglied der *Jewish Peace Union*, schreibt, nach diesen Morden sei über mehr als eine Million Palästinenser eine fünfwöchige Ausgangssperre verhängt worden, die rund um die Uhr galt und in deren Verlauf die israelische Armee weitere 76 Palästinenser tötete, die meisten von ihnen Jugendliche, die die Soldaten mit Steinen bewarfen. (*Washington Report on Middle East Affairs*, Juni 1994)

Der israelische Journalist Danny Rubenstein schrieb später, die Morde von Hebron hätten „direkt und unmittelbar zu der Kette von Selbstmordattentaten geführt und die entsetzliche Spirale aus israelischen Reaktionen und palästinensischen Gegenreaktionen ausgelöst“. (*Ha'aretz*, 28. September 1998) Infolge dieser Ereignisse übten nicht nur die Palästinenser, sondern auch Teile der israelischen Gesellschaft massiven Druck auf die israelische Regierung aus, woraufhin diese Schritte unternahm, um die übermäßig rassistisch orientierte Kach-Partei gesetzlich zu verbieten. Sie weigerte sich jedoch, den Forderungen der Palästinenser nach einer Umsiedlung der einigen Hundert stark bewaffneten und bewachten Siedlern zu entsprechen, die in Hebron unter den mehr als

100.000 Palästinensern lebten. Außerdem weigerte sich die israelische Regierung, den Bitten der PLO nachzukommen und die Siedlungsfrage zu verhandeln. Hierbei argumentierte man, laut Prinzipienklärung sei man dazu nicht vor dem dritten Jahr der Übergangszeit verpflichtet. Die *Hamas* schwor Rache für die Morde in Hebron und kurz vor der Unterzeichnung der nächsten Stufe der Übereinkünfte in Kairo im Mai 1994 verübte sie ein Bombenattentat in Afula, bei dem durch eine Autobombe acht Menschen ums Leben kamen, sowie das erste Selbstmordattentat in Israel, bei dem fünf Menschen starben. Bei diesen Selbstmordattentaten befestigten die Attentäter Sprengstoff, Nägel und Kugellager direkt an ihrem Körper und brachten den Sprengstoff an stark frequentierten Orten wie auf Märkten oder in Bussen zur Explosion. Diejenigen, die einen Anschlag mit dieser neuen Waffe, bei deren Einsatz die Menschen wahllos getötet wurden, überlebten, waren für den Rest ihres Lebens mit Narben gezeichnet oder behindert, und durch die Waffe selbst wurden unter den Israelis die Ängste in Bezug auf die Sicherheit massiv verstärkt. In einem Bericht im *BBC1 News Bulletin* werden die Nachwirkungen eines solchen Selbstmordattentats auf einen stark besuchten israelischen Markt beschrieben:

Die beiden Explosionen erfolgten im Abstand weniger Sekunden und etliche Menschen im Zentrum des gut besuchten Marktes wurden einfach dahingerafft. Es war kurz nach ein Uhr mittags und der Markt war voller Besucher. Die Krankenwagen kamen in Kolonne, um die Toten und Verletzten abzutransportieren. Es war ein Ort schrecklichen Leidens [...]. Diejenigen, die unverletzt geblieben waren, wurden vom Ort der Verwüstung weggeführt, andere kamen ganz verzweifelt, um nachzusehen, ob Verwandte und Freunde dem Blutbad entgangen waren. (*BBC1, Evening News, 30. Juli 1997*)

Einige Palästinenser haben versucht, derartige Anschläge als Reaktionen auf die Tötung palästinensischer Zivilisten durch die Israelis zu rechtfertigen, während andere dahingehend argumentierten, dass es sich um den Widerstand gegen eine illegale Okkupation handelt oder dass diese Attentate die einzig wirksame Waffe gegen einen weit überlegenen Feind sind. Dr. Eyad El-Sarraj, Psychiater und 1998 Gewinner des Martin-Ennals-Menschenrechtspreises, merkte an, die meisten Selbstmordattentäter hätten in ihrer Jugend ein ernstes Trauma erlitten – „in vielen

Fällen die Folterung enger Angehöriger“ – und „diese Kinder wachsen auf mit dem Wunsch, Rache für das erlittene Trauma zu nehmen. Folter ist ein integraler Bestandteil dieser Gewaltspirale“. (*Guardian*, 24. Januar 2003) Unabhängig von den Motivationen und Faktoren, die diesen Selbstmordanschlägen zugrunde liegen, haben Menschenrechtsorganisationen weltweit diese einhellig verurteilt und gefordert, dass alle, die an der Planung derartiger Anschläge beteiligt sind, zur Rechenschaft gezogen werden. In einem Bericht mit dem Titel *Without Distinction: Attacks on civilians by Palestinian armed groups* (deutsch etwa: Wahllös: Angriffe bewaffneter Palästinensergruppen auf Zivilisten; Anm. d. Übers.) argumentiert *Amnesty International*, unabhängig von den Umständen und von einer möglichen Provokation seien willkürliche Angriffe auf Zivilisten nicht zu rechtfertigen.

Die Verpflichtung zum Schutz von Zivilisten ist eine absolute und muss auch dann Bestand haben, wenn Israel seine Verpflichtungen nicht respektiert. Die Angriffe bewaffneter Palästinensergruppen auf Zivilisten sind weit verbreitet, sie erfolgen systematisch und sind Ausdruck dafür, dass mit den Anschlägen auf Zivilisten eine explizite Taktik verfolgt wird, weshalb sie nach internationalem Recht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Je nachdem, welchen juristischen Status man den Feindseligkeiten und den bewaffneten Palästinensergruppen und bewaffneten Kämpfern auf der Grundlage des internationalen Rechts zuerkennt, kann man sie auch als Kriegsverbrechen betrachten. (*Amnesty International*, 2002a)

Das Kairoer Abkommen, Oslo II und das israelisch-jordanische Friedensabkommen

In dem am 4. Mai 1994 in Kairo unterzeichneten Abkommen wurden die Phase der Truppenumlegung aus Gaza und Jericho sowie die Bedingungen für eine Ausweitung der Autonomie der Palästinenser im Westjordanland festgeschrieben. Insgesamt sollte sich dies in drei Stufen

vollziehen. In der ersten sollte die *Palästinensische Autonomiebehörde* eine Reihe kommunalpolitischer Funktionen übernehmen; in der zweiten sollten sich die israelischen Streitkräfte aus den Bevölkerungszentren zurückziehen; und in der dritten Stufe sollte es schließlich Wahlen geben, bei denen die Palästinenser die Mitglieder einer neuen Autonomiebehörde wählen sollten. Doch die palästinensischen Unterhändler waren von dem neuen Abkommen enttäuscht. Sie hatten gehofft, Israel würde das komplexe System militärischer Anordnungen und Besatzungsvorschriften in den besetzten Gebieten durch die Regelungen der Vierten Genfer Konvention und des internationalen Rechts ersetzen, doch dies sollte nicht geschehen. (Shlaim, 2000) Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen kritisierte weiterhin die gegen die Bewohner der besetzten Gebiete gerichteten Menschenrechtsverstöße der Israelis. 1994 veröffentlichte die Kommission eine Resolution, in der die Tötungen von Palästinensern durch israelische Siedler oder durch die israelische Armee, die Folterungen, die Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren, die Zerstörung der Häuser der Palästinenser und die Grundstücksenteignungen, die Ausgangssperren, die Kollektivbestrafungen und die Einschränkung der Mobilität und die Siedlungspolitik „verurteilt“ wurden. (United Nations, 1994)

Nach der Wahl der Rabin-Regierung im Jahr 1992 war der Bau illegaler jüdischer Siedlungen massiv verstärkt worden. Zwischen 1992 und 1995 stieg die Bevölkerungszahl der jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten (ohne Ost-Jerusalem) von 74.800 auf 136.000 an. (*Foundation for Middle East Peace*, 1997) Nach Ansicht der Palästinenser stellten die Verstärkung des Baus von Siedlungen und die Enteignung palästinensischer Grundstücke Verstöße gegen den Geist, wenn nicht sogar gegen die Buchstaben der Oslo-Abkommen dar. Außerdem ging man davon aus, dass dadurch die Chancen auf einen lebensfähigen Palästinenser-Staat stark beeinträchtigt würden. Der amerikanische Historiker und Nahost-Experte Geoffrey Aronson sagte: „Man kommt nicht um die Tatsache herum, dass Rabins verstärkte Siedlungspolitik darauf ausgerichtet ist, dafür zu sorgen, dass die Zukunft der Stadt [Jerusalem] und ihrer Umgebung im Westjordanland außerhalb der Reichweite der Diplomatie liegt.“ (*Report on Israeli Settlement in the Occupied Territories*, Mai 1995) Weiter zitiert er Aussagen des israelischen Berichterstatters Ze'ev Schiff, der sagte: „Wenn wir die dritte Stufe [der Verhandlungen] erreichen, wird es [in Jerusalem] für die Palästinenser, abgesehen von den heiligen

Stätten des Islam, nichts mehr geben, worüber man verhandeln könnte.“ Die Rabin-Regierung begann auch damit, Umgehungsstrassen zu bauen, durch die die einzelnen Siedlungen miteinander verbunden wurden, die aber nur von den jüdischen Siedlern sowie den israelischen Streifkräften benutzt werden durften. Der Plan dazu, so Israel Shahak (1995), stammt ursprünglich aus dem Jahr 1977 und kam von Ariel Scharon, doch er wurde erst direkt nach der Verabschiedung der Prinzipienklärung von Rabin umgesetzt. Shahak behauptet, Ziel dieses Planes sei es gewesen, eine Kontrollmatrix zu erschaffen, durch die die Bevölkerungszentren der Araber in Enklaven zersplittert werden, die wiederum von Straßen und jüdischen Siedlungen durchkreuzt werden. Auf diese Weise sollte die israelische Armee die Möglichkeit erhalten, die nicht miteinander verbundenen palästinensischen Gebiete „von außen“ zu kontrollieren. Tanya Reinhart, Professorin an der Tel Aviv University sagt, die Taktik von Rabin gleiche „eher den Anfängen der Apartheid als ihrem Ende“ und sei mit dem südafrikanischen *Bantustan-Modell* „praktisch identisch“. (*Ha'aretz*, 27. Mai 1994) Der Bau des Netzes von Umgehungsstraßen ermöglichte es der israelischen Regierung außerdem, die Abriegelungen palästinensischer Gebiete durchzusetzen, wodurch die Palästinenser weniger mobil waren und schlechteren Zugang zu Arbeitsplätzen hatten. Die israelische Seite rechtfertigte diese Maßnahmen damit, dass diese notwendig seien, um Angriffe der Palästinenser auf Israelis zu verhindern. Die Maßnahmen hatten jedoch ernstzunehmende Auswirkungen auf die palästinensische Wirtschaft. Der israelische Journalist Nadav Ha'etzi berichtete, bis Mai 1995 seien durch die Ausgangssperren und Abriegelungen „die palästinensische Wirtschaft ruiniert und allein im Gaza-Streifen 100.000 Familien ihrer Existenzgrundlage beraubt“ worden. (*Ma'ariv*, 5. Mai 1995; zitiert in Chomsky, 1999:548) Die sich stetig verschlechternde wirtschaftliche Situation der Palästinenser wurde von israelischer Seite durch Schritte zur Erreichung einer „Separation“ begleitet, mit deren Hilfe palästinensische Arbeitskräfte durch Arbeiter aus den Reihen der Migranten aus Thailand, von den Philippinen, aus Rumänien und aus anderen Ländern Osteuropas ersetzt werden sollten. Derartige Dinge, so Shlaim, „verschlimmerten die Situation in den besetzten Gebieten noch und machten die Träume der Palästinenser von einem eigenen Staat zunichte“. (2000:530) Außerdem ging das Blutvergießen auf beiden Seiten munter weiter. Zwischen der Unterzeichnung der Prinzipienklärung im September 1993 und dem Ende des Jahres

1994 kamen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen 93 Israelis und 194 Palästinenser ums Leben. (*B'Tselem*, 2003a)

Im September 1994 schlossen Israel und Jordanien ein Friedensabkommen, durch das die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich normalisierten. In dem Abkommen wurde der Grenzverlauf der internationalen Grenze zwischen Israel und Jordanien verbindlich festgelegt und die Auseinandersetzungen um das Wasser des Jarmuks und des Jordans beigelegt. Das Abkommen war der zweite umfassende Vertrag, den Israel mit einem seiner arabischen Nachbarn abschloss.

Gegen Ende September 1995 beendeten Jassir Arafat und Jitzchak Rabin dann die nächste Stufe des Interimsabkommens, im Rahmen derer das Westjordanland in drei separate Regionen aufgeteilt werden sollte. Die Zivilverwaltung sowie die innere Sicherheit von Region A (3 Prozent des Westjordanlandes, einschließlich Nablus, Jenin, Tulkarem, Qalqilja, Ramallah, Bethlehem und später ab Januar 1997 80 Prozent von Hebron) sollten demnach von der *Palästinensischen Autonomiebehörde* kontrolliert werden. Im Falle von Region B (23 Prozent des Westjordanlandes, darunter 440 Dörfer und ihre Umgebung) sollte die Autonomiebehörde bestimmte kommunale Funktionen übernehmen, während die Sicherheitsaufgaben von gemeinsamen israelisch-palästinensischen Patrouillen gewährleistet werden sollte. Die Region C jedoch (74 Prozent des Westjordanlandes, darunter alle 145 jüdischen Siedlungen, einschließlich derer in und um Ost-Jerusalem) sollte auch weiterhin vollständig unter der Kontrolle der Israelis stehen.

Am 4. November 1995 wurde Jitzchak Rabin von dem 25-jährigen jüdischen Siedler Jigal Amir ermordet. Nach dem Mord beschuldigte Amir, der keinerlei Reue zeigte, Rabin, die Siedler verraten und verkauft zu haben und die Rückgabe der besetzten Gebiete an die Palästinenser vorbereitet zu haben. Rabins Nachfolger im Amt des Premierministers war Schimon Peres, der sogleich versicherte, er werde den Friedensprozess mit gleicher Intensität fortsetzen. Seit dem Bombenanschlag vom 21. August in Jerusalem, bei dem 3 Israelis und ein Amerikaner starben, war kein einziger Israeli mehr bei Selbstmordanschlägen ums Leben gekommen. Mishal und Sela (2000) deuten an, dass sowohl die *Hamas* als auch der *Islamische Dschihad* einerseits von der *Palästinensischen Autonomiebehörde* und andererseits von Israel unter Druck gesetzt wurden und die palästinensische Öffentlichkeit nicht dadurch gegen sich aufbringen wollten, dass sie durch ihr Vorgehen die geplanten Truppenver-

lagerungen der Israelis verhindern. Mishal und Sela merken außerdem an, dass militante Gruppen auf „einen bedingten Waffenstillstand mit Israel“ gedrängt hatten, „damit nicht weiterhin das Blut Unschuldiger auf beiden Seiten vergossen wird“. (2000:71)

Anfang des Jahres 1996 befahl Peres die Ermordung von Jahja Ajjasch, einem der Anführer der *Hamas*, der zuvor mehrere Selbstmordattentate geplant hatte, bei denen etwa 60 Israelis getötet worden waren. Shlaim schreibt, die israelischen Medien hätten in Bezug auf die Bedeutung von Ajjasch innerhalb der *Hamas* stark übertrieben und ihn als „Staatsfeind Nr.1“ dargestellt, „ohne dabei zu erwähnen, dass die von ihm organisierten Anschläge eine Reaktion auf das Massaker [von Hebron] waren“. (2000:556) Der Mordanschlag auf Ajjasch, bei dem eine Bombe in einem Telefon versteckt war, führte dazu, dass die *Hamas* Rache schwor und im Februar und März 1996 gab es sechs Selbstmordattentate, bei denen insgesamt 62 Israelis getötet wurden. (Außenministerium Israels; 1999) Infolge der Angriffe von Seiten der Konservativen nahm die Beliebtheit von Peres stetig ab und so setzte er die Gespräche mit der neu gewählten *Palästinensischen Autonomiebehörde* aus und schloss die Grenzen für alle Arbeiter aus den besetzten Gebieten.

Kurz danach startete Peres eine Großoffensive gegen die *Hisbollah* im Südlibanon, wo sich Israel schon seit längerem in einem Guerilla-Krieg befand. Die *Hisbollah* behauptete, man kämpfe dafür, die illegale Besetzung des Südlibanon durch die Israelis, die seit 1978 andauerte und einen Verstoß gegen die Resolution 425 des UN-Sicherheitsrates darstellte, endlich zu beenden.²⁹ Israel behauptete, die *Hisbollah* beabsichtige, den Staat Israel zu zerstören. Die Zahlen in den Opferstatistiken legen die Vermutung nahe, dass die palästinensische und die libanesische Zivilbevölkerung in diesem Konflikt über die Maßen stark betroffen waren. Zwischen 1985 und 1996 kamen laut Schätzungen der israelischen Armee 6 israelische Zivilisten durch Guerilla-Angriffe oder Raketenangriffe der *Hisbollah* ums Leben. (IDF, 2003) *Amnesty International* (1996a) berichtet, 1993 seien bei einer einzigen Operation der Israelis

29 Die *Hisbollah*, die auch ein Netzwerk sozialer Dienste unterhält, behauptet, sie versuche, die örtliche Bevölkerung zu schützen, von der ein Großteil durch die israelische Stellvertreterarmee im Südlibanon aus ihren Häusern vertrieben wurde. Menschenrechtsorganisationen haben die Vertreibungen als „Kriegsverbrechen“ verurteilt und ihren sofortigen Stopp gefordert. (*Human Rights Watch*) Außerdem verurteilte die Organisation sowohl die Israelis als auch die *Hisbollah* wegen ihrer bewussten Angriffe auf Zivilisten.

118 libanesische Zivilisten getötet und 300.000 Menschen vertrieben worden. Der Journalist und ehemalige Chefinspektor der *US Information Agency*, Richard Curtiss, sagt, nach dieser Operation habe Warren Christopher vom amerikanischen Außenministerium ungeschriebene Regeln für den Kampf ausgearbeitet, laut denen sich beide Seiten verpflichteten, die Kampfhandlungen auf Kämpfer im Südlibanon zu beschränken. (*Washington Report on Middle East Affairs*, Mai/Juni 1996)

Am 11. April 1996 startete Peres die Operation „Früchte des Zorns“. Es wurde behauptet, es handle sich dabei um eine Vergeltungsaktion für Raketenangriffe auf israelische Siedlungen, bei denen 34 Zivilisten verletzt worden waren und für weitere Angriffe, bei denen acht Angehörige der israelischen Streitkräfte im Südlibanon getötet worden waren. Die *Hisbollah* vertritt die Ansicht, sie habe ein Recht dazu gehabt, Widerstand gegen die israelischen Truppen zu leisten, die illegal den Südlibanon besetzt hielten, und sagte, die Raketen, die man auf israelische Städte und Dörfer abgefeuert habe, seien Vergeltungsmaßnahmen für die Ermordung dreier libanesischer Zivilisten durch die Israelis gewesen. Im Rahmen der israelischen Operation gab es mehr als eintausend Lufteinsätze und es wurden 16.000 Granaten gegen weniger als 500 *Hisbollah*-Kämpfer eingesetzt. (*Ha'aretz*, 21. Mai 1996) Curtiss behauptet, viele der Angriffe seien „auf Elektrizitätswerke und Relaisstationen, Brücken und andere Teile der vom Krieg arg mitgenommenen grundlegenden Infrastruktur des Libanon gerichtet gewesen“. (*Washington Report on Middle East Affairs*, Mai/Juni 1996) Der israelische Journalist Avi Shavit führt an, 400.000 Menschen seien gezwungen gewesen, innerhalb von acht Stunden aus ihren Häusern zu fliehen, anschließend betrachtete die israelische Luftwaffe die verlassenen Grundstücke als militärische Ziele und bombardierte sie. (*Ha'aretz*, 21. Mai 1996)

Am 18. April bombardierte Israel das UN-Gelände in Qana, wobei 106 Flüchtlinge, die dort Unterschlupf gesucht hatten, getötet wurden. Israel erklärte, die Bombardierung, im Rahmen derer auch Anti-Personen-Minen eingesetzt wurden, sei ein Fehler gewesen; das eigentliche Ziel sei ein nahe gelegenes Gelände gewesen, das eine Operationsbasis für *Hisbollah*-Kämpfer sei. Sowohl in einem Bericht der UNO (1996) als auch in einem von *Amnesty International* (1996b) hieß es, es sei unwahrscheinlich, dass der Angriff auf das UN-Gelände zufällig erfolgt sei. Außerdem wurden in den Berichten die Raketenangriffe der Israelis auf Krankenwagen und auf Wohngebiete, bei denen viele Zivilisten ums

Leben kamen, scharf verurteilt. Shlaim ist der Ansicht, die Operation sei ein Versuch von Schimon Peres gewesen, sein schwächelndes politisches Glück wieder zu beleben und sich selbst „kurz vor den wichtigen allgemeinen Wahlen als starken Mann in der israelischen Politik“ neu zu profilieren. (2000:560) Doch das Ganze trug nicht dazu bei, sein politisches Schicksal wieder zum Guten zu wenden, im folgenden Monat musste er sich bei den allgemeinen Wahlen dem Kandidaten der Likud-Partei, Benjamin Netanjahu, geschlagen geben.

Die Regierung Netanjahu

Vor seiner Wahl hatte Netanjahu dem Friedensprozess absolut negativ gegenübergestanden. Er hatte sich im Wahlkampf sowohl in Reden als auch in Artikeln öffentlich gegen die Umsetzung der Pläne ausgesprochen und war von Rabins Witwe beschuldigt worden, er habe die Ermordung Rabins provoziert, indem in der Öffentlichkeit aufwieglerische Reden gehalten hatte, in denen er Rabin mit einem SS-Offizier verglichen hatte. Zu Netanjahus Koalition gehörten ultra-konservative Gruppierungen sowie Siedlergruppen, die forderten, alle in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser gewaltsam auszuweisen. Das zentrale Argument Netanjahus war, dass der Friedensprozess Israel als schwach dargestellt hatte. Außerdem war dadurch die abschreckende Wirkung der IDF nach außen geschmälert worden und die Sicherheit des Landes hatte Schaden genommen. Er argumentierte dahingehend, dass Israel sich an die Vereinbarungen von Oslo gehalten hatte, die Palästinenser dagegen ihrem Teil der Verpflichtungen nicht nachgekommen waren, indem sie die militanten Kräfte nicht entwaffnet und zerschlagen oder ihre Mitglieder an Israel ausgeliefert hatten. Netanjahus Alternative bestand darin, die Truppenverlagerungen, die im Prinzip bereits ausgehandelt waren, neu zu verhandeln. Er behauptete, die Truppenverlagerungen seien eine Bedrohung für die Sicherheit Israels und sagte: „Egal, was die Vertreter der alten Labor-Regierung den Palästinensern eingeflüstert haben, es ist irrelevant“. (Netanjahu, 2000:343) Außerdem war er strikt gegen eine